

Sicherer Alltagsradverkehr in Lauenburg

Positionspapier des SPD-Ortsvereins in Lauenburg/Elbe



Die Stadt Lauenburg/Elbe lebt von und mit dem Fahrrad. Der Fahrradtourismus ist eine wichtige Stütze für die lokale Wirtschaft und die Stadt als Ganzes. Aber auch der Alltagsradverkehr bietet in vielerlei Hinsicht große Chancen für unsere Stadt. Da die momentane Situation für Radfahrer in der Innenstadt nur eine Übergangslösung sein kann, fordert die Fraktion der SPD Lauenburg die Einführung von beidseitigen Schutzstreifen im Bereich der B5 und der L200. Desweiteren wollen wir zum Schutz der Radfahrer, Fußgänger und zur Förderung der Verkehrsberuhigung eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h im Bereich der Innenstadt. Zuletzt sehen wir eine begleitende Aufklärungsarbeit in der Lauenburger Bevölkerung als wichtigen Eckpfeiler für eine gelungene Verkehrspolitik.

Die Idee der Einführung von Schutzstreifen im innerstädtischen Bereich Lauenburgs ist nicht neu und wurde bereits bspw. in der Stadtvertreterversammlung vom 25.03.2009 durch einen entsprechenden Antrag der SPD auf die Tagesordnung gesetzt. Schutzstreifen für Radfahrer werden auf der Fahrbahn angelegt und sind so Teil des Mischverkehrs auf der Straße. Durch eine gestrichelte Linie wird optisch ein Schonraum für Radfahrer ausgewiesen. Dieser darf von anderen Fahrzeugen bei Bedarf unter der Voraussetzung mitbenutzt werden, dass eine Gefährdung für Radfahrer ausgeschlossen ist. Durch die 09/2009 beschlossene, 04/2013 in Kraft getretene StVO-Novelle ist der Einsatz solcher Schutzstreifen erleichtert worden. Das Parken auf diesen Streifen ist verboten, das Halten jedoch erlaubt. Erfahrungen zeigen, dass die Akzeptanz bei Rad- und Autofahrern hoch ist und die Sicherheit für Radfahrer spürbar steigt. In der Sitzung des Ausschusses für Bau und Planung vom 07.12.2009 scheiterte die Umsetzung von solchen Schutzstreifen, wie im „Handlungskonzept zur Sicherung und Förderung des Radverkehrs“ der Stadt Lauenburg/Elbe vorgeschlagen, u.a. an der Problematik der Bushaltestellen. Die SPD Lauenburg hält dies für vorgeschoben und verweist auf ein Papier des ADFC vom Dezember 1999, in der pragmatische Lösungen diesbezüglich aufgezeigt werden. Vor allem für die Fußgänger bietet die Rückführung des Radverkehrs auf die Fahrbahn eine Entlastung. Die momentane Situation, in welcher der Fußweg für Radfahrer vielerorts offiziell „freigegeben“ ist, kann unserer Ansicht nach nur eine Zwischenlösung sein. Die rechtliche Begrenzung für Radfahrer auf Schrittgeschwindigkeit auf freigegebenen Fußwegen wird nahezu immer überschritten und erweist sich so als nicht praxistauglich. So sieht keine seriöse Radverkehrsführung aus! Ein freigegebener Fußweg ersetzt keinen Radweg oder Schutzstreifen. Hinzu kommt an zahlreichen Stellen, dass der Radverkehr offiziell vom Fußweg auf die Fahrbahn wechseln muss, so bspw. im Bereich der Stadtbetriebe. Die SPD Lauenburg fordert hier klare Verhältnisse durch die Aufbringung von beidseitigen Schutzstreifen im Bereich der B5 sowie der L200. Ebenso wollen wir eine Überarbeitung des Rad- und Fußweges entlang der L209 sowie einen Fahrradweg von Lauenburg nach Büchen. Zusätzlich zu den Fahrradschutzstreifen im Kernbereich fordern wir außerdem, insbesondere für die (Schul-) Kinder, entsprechend ausgebaute Alternativstrecken abseits der B5.

Die SPD Lauenburg begrüßt die Begrenzung der Geschwindigkeit auf der B5 von der Berliner Straße, Ecke Heideweg, bis zum Europakreisel auf 30 km/h als Instrument der Verkehrsberuhigung

und der Reduzierung von Lärm- und Schadstoffemissionen. Die SPD Lauenburg fordert eine Mindestausweitung dieser Begrenzung in den Bereichen, wo keine expliziten Radwege vorhanden sind. Ziel hierbei ist, die Sicherheit für Radfahrer zu erhöhen, da ein entsprechendes Tempo nachweislich die Aufmerksamkeit bei Autofahrern erhöht, den Bremsweg verkürzt, sowohl Lärm- als auch Schadstoffemissionen gesenkt werden und bei einem Unfall die Schwere der Verletzung merkbar gemildert wird. Ebenso ist festzustellen, dass bei Tempo 30 die Geschwindigkeitsvorteile des Autos gegenüber dem Rad nahezu nihilisiert werden, in Lauenburg vor allem durch die Kompaktheit der Innenstadt begünstigt. Begleitend dazu müssen Maßnahmen ergriffen werden, die bei Tempo 30 ein angenehmes und sicheres Fahren ermöglichen, bei höherer Geschwindigkeit jedoch einen entsprechenden Diskomfort erzeugen. Die oben angesprochenen Schutzstreifen sind dabei aus unserer Sicht nur ein Baustein. Eine Optimierung der Ampelschaltung auf Tempo 30 entlang der B5 gehört für uns ebenso dazu. Supplementär ist es erforderlich, dass eine angemessene Kontrolle der Geschwindigkeit häufig genug stattfindet, damit die vorgeschriebene Geschwindigkeitsbegrenzung auch eingehalten wird. Dass Lauenburg beim sogenannten „Blitzermarathon“ vom 10.10.2013 komplett ausgenommen wurde, halten wir für unglücklich.

Diese Maßnahmen sind allerdings wirkungslos, wenn sie in der Bevölkerung nicht akzeptiert werden. Die SPD Lauenburg möchte daher, dass die Stadt Lauenburg begleitend dazu eine Aufklärungsaktion über die evidenten Vorteile dieser Maßnahmen durchführt. Neben den bereits angeführten Vorteilen sehen wir eine Entlastung des knappen Parkraums, die Förderung der Gesundheit und den Schutz der Umwelt. Ebenso ist anzumerken, dass mehr Menschen mit dem Rad fahren können als mit dem Auto. Zur Erhöhung der Akzeptanz wollen wir, dass ein effektives Beschwerdesystem eingeführt wird, damit nicht nur Schäden an der Radverkehrsführung schnell gemeldet und bearbeitet werden können, sondern bspw. auch Falschparker, die den Schutzstreifen behindern. Ergänzend dazu wollen wir zur Steigerung der Akzeptanz eine konsequente Berücksichtigung der Radfahrer bei öffentlichen und halböffentlichen Bauvorhaben erreichen. Die alleinige Konzentrierung auf Autofahrer und ÖPNV in der Planung, wie bei der Umgestaltung der Lauenburger Innenstadt momentan, ist bedauerlich. Verbunden damit wollen wir auch die bestehende Radinfrastruktur verbessern. Beispiel hierfür ist die Aufstellung zeitgemäßer Fahrradständer, auch und vor allem bei den hiesigen Supermärkten und Discountern.

Abschließend sehen wir das Anlegen von Schutzstreifen, die Begrenzung auf Tempo 30 sowie die Einbindung und Befragung der Bevölkerung als wichtige Eckpfeiler einer erfolgreichen Radverkehrspolitik. Die im vierten Absatz angerissenen Maßnahmen zur Verbesserung der Radinfrastruktur sind aber ebenso wichtig, da sich Radverkehr nicht nur in Bewegung befindet, sondern auch Fahrräder abgestellt und gesichert werden müssen. Den Vorschlag, den Radverkehr parallel zur B5 zu führen, sehen wir aufgrund der kompakten Lage und der erheblichen Konzentrierung von Geschäften und Behörden an bzw. südlich der B5 als Ergänzung, aber nicht als vollwertige Lösung an. Getrennt hiervon fordern wir eine Überarbeitung und Weiterführung des Handlungskonzepts zur Sicherung und Förderung des Radverkehrs. Gute Verkehrspolitik gibt es nur mit der SPD!